

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abnehmer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streich usw. zeitlich jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Sechspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die Sechspaltige Kleinzeile 40 Pfg., Ausnahmestöße 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Mietsgebote unentgeltlich geschiebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M. das Laubend, zuzüglich Postgebühr. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg,

das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 138

Dienstag, den 25. November 1930

32. Jahrg

Reinhaltung der Rinnsteine.

Wir weisen wiederholt darauf hin, daß Spül- und Waschwasser, Jauche aus Ringergruben, Ställen und Aborten, sowie das Blut geschlachteter Tiere nicht in die Straßenrinnen eingeleitet werden dürfen. Gegen weitere Verstöße müssen wir nimmehr mit Strafen vorgehen.

Kemberg, den 21. November 1930.

173] Die Polizeiverwaltung.

Donnerstag, den 27. November, 14 Uhr.

Mütterberatungsstunde

im Bürgeraal.

Kemberg, den 22. November 1930.

173] Der Magistrat.

Neues in Kürze.

* Der Gener. Abrüstungsausschuss berät gegenwärtig das Kapitel Organisation des Abrüstungsabkommens, das im Kriegesfalle den Völkerverbundmitgliedern die Aufrüstung gestattet. Deutschland soll jedoch dieses Recht nicht haben, weshalb man teilsweise will, daß das Abrüstungsabkommen vorhergehende vertragliche Abrüstungsbindungen nicht berührt.

* Die wichtigsten Arbeiten der obersteinsten Aufständischen gegen die Deutschen haben den Präsidenten der gemischten deutsch-polnischen Kommission, Galanter, veranlaßt, eine Untersuchung einzuleiten.

Steueramnestie.

Eine Maßnahme gegen die Kapitalflucht.

Im Rahmen des Steuerereinfachungsgesetzes befinden sich eingehende Mitteilungen über die von der Reichsregierung geplante Steueramnestie. Die Begründung zu diesem Schritt, zu dem sich die Reichsregierung entschlossen hat, lautet u. a.:

Es kann nicht geleugnet werden, daß Kapitalflucht und Steuerflucht einen sehr erheblichen Umfang angenommen haben. Wenn auch Kapitalflucht mit Steuerflucht nicht ohne weiteres zusammenzufallen braucht, so kann aber auch nicht verkannt werden, daß zu einem sehr erheblichen Teil das zunächst aus anderen Gründen ins Ausland geflüchtete Kapital und das Einkommen daraus in Deutschland nicht mehr neuwertet werden. Die Reichsfinanzverwaltung ist mit allen Mitteln bestrebt, auch diese Steuerhinterziehungen aufzudecken, und hat auch auf diesem Gebiet, insbesondere durch die Buß- und Betriebsprüfung, nicht zu unterschätzende Erfolge erzielt. Sie wird auch in Zukunft solche Fälle mit unangenehmlicher Strenge verfolgen. Immerhin gibt es Fälle, in denen sich der Sachverhalt trotz sorgfältigster Nachprüfung nicht erschöpfend aufklären läßt. Hier erscheint es zur Abklärung getrauer Nachforschungen, die übrigens nicht nur im Interesse der Verwaltung, sondern auch im Interesse der betroffenen Jenisten liegt, dringend geboten, eine Maßnahme vorzunehmen, die jedem Zweifel, ob richtig befürwortet ist oder nicht, ein Ende machen muß. In dieser Beziehung sind bisher mit der Abgabe edelstättlicher Versicherungen gute Erfahrungen gemacht worden. Sie waren aber bisher nur mit den Einschränkungen, die für das Steuerermittlungsverfahren gelten, zulässig.

Künftig sollen darüber hinaus solche edelstättlichen Versicherungen auch bereits im Steuerermittlungsverfahren verlangt werden können. Die Reichsregierung erblickt hierin ein wirksames Mittel zur besseren steuerlichen Erfassung, insbesondere in den Fällen, in denen die geschäftlichen Verhältnisse außerordentlich kompliziert liegen und daher oft nur mit erheblichen Schwierigkeiten durchgegriffen werden können. Selbstverständlich soll eine so ernste Maßnahme, wie eine edelstättliche Versicherung ist, nun nicht auf alle möglichen Fälle maßlos angewandt werden; sie muß sich vielmehr auf Fälle wesentlicher Bedeutung beschränken. Deshalb ist ihre Zulässigkeit in jedem einzelnen Fall auch an die Genehmigung des Landesfinanzamts geknüpft.

Darüber hinaus hat sich die Reichsregierung aber noch zu einer weiteren Maßnahme entschlossen, nämlich zum Erlaß einer allgemeinen Steueramnestie. Sie ist sich der Nachteile, die in einer Steueramnestie überhaupt liegen, voll bewußt, hat aber dennoch geglaubt, diese Bedenken in diesem Augenblick zurückstellen zu sollen. Es gibt unzweifelhaft viele Personen, die steuerflüchtig geworden sind und an sich doch bereit wären, mit ihrem Kapital ins Inland zurückzukehren, denen aber der Weg so lange verbarren erscheint, als sie nicht die Gemüthsruhe haben, daß sie nicht nur von Strafen — das wäre ja im

Weg der tätigen Reue nach § 374 der Reichsabgabenordnung möglich —, sondern auch von Nachsteuern für vergangene Jahre befreit sind.

Dieser Entschluß wird sich gerade in diesem Augenblick verfahren, weil die gesamte Öffentlichkeit im Inland und im Ausland sieht, daß im Rahmen des Finanz- und Wirtschaftsplans der Reichsregierung die Geltendmachung der öffentlichen Hand mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und nachdrücklich herbeigeführt werden soll. Aus diesem Grunde erscheint der gegenwärtige Zeitpunkt für eine solche außergewöhnliche Maßnahme besonders geeignet. Wenn auch den Ausgangspunkt für diese Erwägungen die starke Steuerflucht ins Ausland gebildet hat, so erlischt es doch nicht gerechtfertigt, die Amnestie nur auf das ins Ausland verbrachte Vermögen zu beschränken. Sie ist daher auch auf das im Inland hinterzogene Vermögen und Einkommen ausgedehnt worden. Es soll allen Jenisten, die Hinterziehungen begangen haben, zu Kus und Frommen des Staates und der ehelichen Steuerzahler noch einmal die Möglichkeit geboten werden, den Weg zur Steuerrechtsicherheit zurückzufinden.

Der neue § 456 des Reichsabgabengesetzes, der die Steueramnestie enthält, hat folgenden Wortlaut: Wer steuerpflichtiges Vermögen oder steuerpflichtiges Einkommen einer bestehenden Rechtskraft zumwider dem Finanzamt nicht angegeben hat, wird von der Strafe wegen dieser Steuerhinterziehung und von der Verpflichtung, die im Absatz 2 des abgemachten Nachzahlungen zu leisten, frei, wenn er in der Zeit, seitdem diese Rechtskraft im Reichsgesetzblatt verkündet ist, bis zum Ablauf des 30. Juni 1931 das bisher nicht angegebene Vermögen oder Einkommen dem zuständigen Finanzamt oder einer anderen Behörde der Reichsfinanzverwaltung anzeigt.

Die Befreiung von der Nachzahlungsverpflichtung erstreckt sich auf die folgenden Nachzahlungen, soweit sie auf das dem Finanzamt nachträglich angezeigte Vermögen oder Einkommen entfallen: 1. Vermögenssteuernachzahlungen, die auf die Zeit vor dem 31. Januar 1931 entfallen; 2. Nachzahlungen auf die Nachleistungen nach dem Aufbringungsgezet, ferner Nachzahlungen auf die Aufbringungsumlage, die vor dem 1. Januar 1931 fällig waren; 3. Einkommensteuernachzahlungen oder Körperschaftsteuernachzahlungen, die auf Steuerabschnitte entfallen, die vor dem 1. Januar 1930 genehmigt haben.

Die Straffreiheit und Befreiung von der Nachzahlungsverpflichtung treten insoweit nicht ein, als eine Behörde der Reichsfinanzverwaltung, bevor der Steuerpflichtige das Vermögen oder Einkommen anzeigt, bereits Kenntnis von dem Vermögen oder Einkommen erlangt hat und dies offenkundig gemacht hat (zum Beispiel durch Einleitung eines Strafverfahrens). Kenntnis von dem bisher nicht angegebenen Vermögen oder Einkommen hat die Behörde nicht erst dann, wenn sie die Höhe des Vermögens oder Einkommens kennt, sondern schon dann, wenn sie erfahren hat, daß der Steuerpflichtige bisher nicht angegebenes Vermögen oder Einkommen hat oder gehabt hat.

Aktiva und Passiva des Reiches.

Eine aufschlußreiche Vermögensaufstellung.

Berlin, 23. November.

Im Entwurf des Reichshaushalts für 1931 befindet sich eine Vermögensaufstellung des Reiches. Danach bestehen die Aktiva aus Liegenständen, beweglichen Sachen, Darlehen, Beteiligungen des Reichs an wirtschaftlichen und sonstigen Unternehmungen und an Wertpapieren. Der Grundbesitz des Reiches hatte Ende März 1930 eine Gesamtgröße von rund 325 600 Hektar. Davon befinden sich im Besitze der Reichsbahn-Gesellschaft 199 050 Hektar, ferner im Besitze des Reichsheeres rund 78 780, im Hoheitsgebiet des Reichsfinanzministeriums 37 500 Hektar. Unter dem letztgenannten Grundbesitz befinden sich auch die Reichsforsten mit 13 300 Hektar. Die Darlehen betragen nach dem Stande vom 1. Oktober 1930 rund 888 Millionen Rm., was eine Verminderung um 669 Millionen gegen das Vorjahr bedeutet. Diese Verminderung ist in großem Umfange auf Kosten des Reiches eingetreten, vor allem, weil die Reichsregierung sich entschlossen hat, das Gesamtdarlehen in Höhe von 623 Millionen, das der Reichsanstalt für Arbeitslosen-Versicherung gegeben war, niederzuschlagen. Ferner wurden niedergezogen Darlehen, die zur Wüderung der Arbeitslosigkeit an die Reichsbahn-Gesellschaft in Höhe von 80 und in Höhe von 49 Millionen Rm. gegeben wurden. Die Reichsbahn ist damit auch bilanziell in die Lage gesetzt, einen Ausgleich für die zusätzlichen Beschäftigungs-Ausgaben zu ermöglichen.

Unter den Wertpapieren im Besitze des Reiches befinden sich vor allem — für den Stand des 30. September 1930 — 731 Millionen Rm. Vorkursanleihen der Reichsbahn-Gesellschaft. Ein größerer Posten hiervon soll in nächster Zeit

veräußert werden, und es sind im Haushaltsplan 300 Millionen Rm. als Erlös hierfür eingestellt. Für 1931 ist aus dem Erlös eines weiteren Verkaufes dieser Aktien eine Summe von 150 Millionen Rm. vorsehen.

Die Passiva des Reiches bestehen aus dem Garantie-Risiko aus den in Gesamthöhe von 684 Millionen Rm. übernommenen Garantien, dann aus „Forderungen gegen das Reich“. Hier sind vor allem zu erwähnen die Ansprüche der Länder auf Grund der Uebernahme der Eisenbahn- und Bodenvermittlung auf das Reich, ferner auf Grund des Verlustes von Staatsfonds durch den Friedensvertrag usw. Schließlich bestehen die Passiven aus der Reichsschuld, die am 30. September d. J. 10 506 Millionen Rm. betrug. Hierzu kommt die schwebende Schuld in Höhe von 1290 Millionen Rm. am 30. September 1930, die sich um rund 400 Millionen Rm. ermäßigt hat.

Moratorium nötig.

Dr. Schaaf zur Curtius-Rebe.

Neupost, 23. November.

In Cincinnati wurde Dr. Schaaf um keine Stellungnahme zur letzten Rede des Außenministers Dr. Curtius gebeten. Er erklärte, ein Moratorium sei von lebenswichtiger Bedeutung für Deutschland, das die Reparationen in ihrer jetzigen Höhe unmöglich weiterzahlen könne. Ohne ein Moratorium bestünde die dringende Gefahr, daß Deutschland angeht seiener drei Millionen Arbeitlosen in eine Revolution hineintreibe.

Die „World“ behandelt in einem sehr verständnisvollen Beitrag die Moratoriumsfrage und kommt dabei zu dem Schluß, daß, wenn die Reparationen die Grundlagen der deutschen Wirtschaft bedrohen, ein Moratorium den deutschen Kredit nur fördern könne.

Sieger und Besiegte.

Die Mächte können aufrücken. — Deutschland bleibt ausgeschlossen.

Genf, 23. November.

Der Abrüstungsausschuss hat bei dem Kapitel Heeresausgaben einen französischen Antrag angenommen, nach dem die vertraglich bindenden Mächte übereinkommen, ihre Ausgaben für Land-, See- und Luftkräften zu begrenzen und „falls möglich“ herabzusetzen. Damit ist die französische These der Herabsetzung der Rüstungen, „falls möglich“ von neuem als grundlegende Bestimmung in das Abrüstungsabkommen aufgenommen worden.

Graf Bernstorff erklärte, eine Beschränkung der Heeresausgaben könne lediglich eine ergänzende Maßnahme neben der direkten Erfassung der Rüstungen sein, die ja für die Landrüstungen vom Ausmaß bereits abgelehnt worden sei. Die Anwendung verfahrensmäßiger Methoden für die Land- und Seerüstungen sei eine offensichtlich Ungerechtfertigt. Die deutsche Abordnung enthielt sich bei der Abstimmung über den französischen Antrag der Stimme. Der Auschuss trat sodann in die Behandlung des entscheidenden Kapitels „Organisation“ ein.

Der vorliegende Abkommensentwurf enthält die Bestimmung, daß die vertraglich bindenden Staaten eine neue Aufrüstung über die Grenzen der Abkommens hinaus vornehmen dürfen, wenn ein Krieg ausbricht, an dem sie beteiligt sind, oder die Gefahr eines Zusammenstoßes droht, oder der Völkerverbund die Aufrüstung einstimmig genehmigt. Die damit für Deutschland im Falle einer Unterzeichnung des Abkommens gegebene Möglichkeit der Aufrüstung im Kriegsfall ist jedoch ausdrücklich durch eine Bestimmung ausgeschlossen worden, nach der das Abrüstungsabkommen vorhergehende vertragliche Bindungen nicht berührt, in denen einzelne Mächte eine Begrenzung ihrer See-, Land- und Luftkräften angenommen haben.

Zur Verhandlung gelangte zunächst die Frage der Schaffung eines Kontrollauschusses. Es wurde ein Austauschversuch eingeleitet, der einen zusammenfassenden Bericht über diese bedeutungsvolle Frage vorlegen soll. Die deutsche Abordnung lehnte die Beteiligung an diesem Unterausschuss mit dem Hinweis auf ihre grundsätzliche Haltung zu dem gesamten Abrüstungsabkommen ab. Glimmer erklärte, unter den abmildernden Bedingungen lege die russische Abordnung den Organisationsbestimmungen des Abkommens keinerlei Bedeutung bei. Der russische Außenminister Lewif Rischd Bey lehnte gleichfalls den Vorschlag einer Kontrollkommission ausdrücklich ab, solange nicht sämtliche Mächte auf dem Fuße der Gleichberechtigung in dem Abkommen behandelt würden.

Weiterer Kohlenpreisabbau.

Ruhfestfordertohle wird um 1,50 M. billiger.

Essen, 23. November.

Das rheinisch-westfälische Kohlenland hat eine Wirtschaftsverwaltung gebildet, in der auf die großen Absatzschwierigkeiten hinwiesen wurde. Nur in wenigen großen Sorten bestünde etwas größere Nachfrage, deren Verdrängung Schwierigkeiten mache, weil ihre Produktion mit der Einschränkung der nicht abgabefähigen Sorten sich zwangsläufig gleichfalls vermindere. Der Absatzmangel betreffe außer allen Kohlenarten auch den Koks und die

Briten. Von einem Anziehen des winterlichen Hausbrand- geschäftes sei noch nichts zu merken.

Da das diesjährige wöchentliche Kohlenangebot jedoch die Ansicht der Regierung über die Notwendigkeit einer allgemeinen Preis- und Konzentration geteilt habe, und da es sich auch der Auffassung nicht verschließen konnte, daß eine zwischen der Regierung und dem Ruhrbergbau vereinbarte Senkung der Kohlenpreise eine wirksame Befriedigung und Unterliegung des ganzen Programms bedeuten würde, habe es sich bereit erklärt, seine Kohlenpreise vom 1. Dezember ab herabzusetzen unter der Voraussetzung, daß vom 1. Januar 1931 ab eine entsprechende Senkung der Schone erfolgen werde. Es wurde darauf beschloffen, den Preis für Festfuhrer Kohle vom 1. Dezember um 1,50 Mark herabzusetzen und die übrigen Kohlen-, Rots- und Brikettpreise in ungefähre gleichem prozentualen Verhältnis zu senken.

Calonder greift ein.

Unterjuchung des polnischen Wählererrors in Ostoberschlesien. Berlin, 23. November. Die deutsche Minderheit in Ostoberschlesien hat eine große allgemeine Wählerbesprechung an den Präsidenten der gemischten deutsch-polnischen Kommission, Calonder, gerichtet. Eine besondere Beschwerde ist wegen der großen Ausrichtungen in Hohenbirken an Calonder gerichtet worden. Präsident Calonder hat daraufhin sofort außerordentliche Maßnahmen ergriffen.

Präsident Calonder begab sich sofort nach Hohenbirken, um die Vorfälle persönlich nachzuerfragen. Calonder hat sowohl den Präsidenten des Deutschen Volksbundes, Fürsten Pleß, als auch den polnischen Staatsvertreter aufgefordert, der Unterjuchung beizuwohnen. Der stellvertretende deutsche Generalkonsul ist zuvor in derselben Angelegenheit in Hohenbirken gewesen.

Diehische Roheiten der Aufständischen.

Leber die in Hohenbirken von Aufständischen begangenen Grausamkeiten werden jetzt folgende Einzelheiten bekannt: Die Aufständischen, die in einem Lastauto von auswärts erschienen, haben im Dorfe hundenlang gehauet und nicht nur den Vertrauensmann der Deutschen Bahlgemeinschaft, Neugebauer, sondern auch eine Reihe weiterer Deutscher auf geradezu bestialische Weise in Hohenbirken getötet. Neugebauer selbst ist so zugerichtet worden, daß er am nächsten Morgen im Krankenhaus die schwache Stellen hat. Nachdem er etwa eine Viertelstunde lang mit Schnitten und Stichen bearbeitet worden war, hat er in der Verzweiflung seine Feinde, ihn zu erschließen. Als daraufhin einer der Aufständischen einen Revolver auf Neugebauer anlegte, sprang dessen Tochter, die die Verhandlungen ihres Vaters mitemsehen mußte, hinzu und bat, den Vater am Leben zu lassen und lieber zu töten. Neugebauer sollte dann antworten, daß er die Hilfe der Regierungspartei mähnen würde. Als er das ablehnte, begannen die Verhandlungen von neuem, bis Neugebauer ermüdet zusammenbrach.

In mehreren Nachbarhäusern wüteten die Aufständischen mit der gleichen diehischen Roheit. Ein Deutscher namens Mandryk ist so zugerichtet worden, daß er heute noch nicht sprechen kann und die Ärzte an seinem Aufkommen zweifeln. Selbst Kinder wurden von den Aufständischen nicht gespart. Bei dem ganz planmäßigen Vorgehen der Banditen wurden zahlreiche Schiffe abgebrannt. Die heimgebliebenen Häuser bieten ein Bild wüster Zerstörung. Die Polizei, die in der Nähe der überfallenen Häuser untergebracht ist, will weder die Schiffe, noch die Schreie der Mißhandelten, noch das Klirren der Fensterscheiben gehört haben.

Gerüchte um Stalin.

Die Stellung des russischen Diktators erschüttert. Moskau, 23. November. In letzter Zeit werden fortwährend Gerüchte über Unruhen in Moskau verbreitet. Aus gutunterrichteten Moskauer Quellen verläutet hier, daß die Gerüchte zum mindesten stark übertrieben sind. Stalin habe in letzter Zeit im Politbüro Niederlagen erlitten. Er ist wiederholt wiedergeklammert worden, und mehrere seiner Anträge sind im Politbüro mit Mehrheit abgelehnt worden, wodurch Stalins Stellung erheblich erschüttert wurde.

Es hat sich aber im Politbüro eine neue politische Gruppe unter Führung Worsoloffs gebildet, die die Politik Stalins unterläuft, um den politischen Status im Lande aufrecht-

Auf schwankem Grund.

Roman von S. Abt

64. Fortsetzung. (Roman von S. Abt Nachdruck verboten.) Sie hat, seinen Abschiedsgruß nicht erwidert, hatte ihn mit keinem Blick angesehen. Seite an Seite hatten sie gesehnen, als konnten sie sich nicht. Hinter einer der Säulen, die den Saal von der Halle abschneiden, stand Ernst Sanfen. Endlich hatte er sie ausfindig gemacht, nach der er schon seit Stunden den Garten durchschlüpfte. Vom frühen Morgen an hatte er ihr Haus, die neuen Tramabahn-Haltestellen umlauert. Sie blieb heute doch nicht daheim, ging doch Gegenwind hin. Am Nachmittag war er sie in die Tramabahn gefahren. Es war die Linie nach dem Zoologischen Garten. Er fuhr ihr nach und endlich hatte er sie entdeckt. Die beiden Seite an Seite! Aber sie redeten nicht und sahen sich nicht an. Und sie tat, als kenne sie ihn nicht, der neben ihr saß, und keinen Abschiedsgruß hatte sie nicht erwidert. Brauend hob er seinen Kopf in's Stirn hinein. Das bleichere Blut hob sich stürmend empor. Wenn sie unschuldig wäre und schuldig nur der andere, der sich an sie drängte. Wenn er ihr unredt täte! Und der Tag käme, wo er das erkennen müßte! Sein Herz wollte er ihr unter die Füßen legen, das sie weid drauf ging ihr Leben lang. Aber sie hatten Seite an Seite gesehnen! Und wo war der andere? Wo war der andere? Sie trafen sich hier, wo sie ganz allein und unbeachtet waren. Sanfen ging Felix Rahms nach. Dieser verließ den Garten, bog zum Bahnhof hinüber und fuhr mit der Stadtbahn davon. Mit dumpfem Aufstöhnen drückte der Bolser die Faust sich gegen die Stirn. War das nun besser, daß Haut der Gemüht, die sich nur nach der allerleichten Beweismöglichkeit wollte, wieder der Zweifel ballend an der Gewißheit selber — oder war's noch schlimmer? —

zuhalten, und die gewillt ist, alle Vorhänge der Rechts- und Linksopposition zu unterdrücken. Worsoloff und die Mitglieder seiner Gruppe sind der Ansicht, daß ein Besitzt im Politbüro der kommunistischen Partei heute unmöglich sei, da die Stellung der Partei zumal aus außenpolitischen Gründen nicht weiter erschärft werden dürfe. Die Niederlagen Stalins sind mit der Lebensmittelkrise und der Politik der Deflation in Zusammenhang zu bringen. Noch besteht in den leitenden Kreisen der Partei in Moskau und auch in der Mehrheit der G.P.U. kein Zweifel, daß ein Besitzt im Politbüro zunächst nicht zu erwarten sei und daß Stalin vorläufig weiter in seinem Amt bleiben müsse.

Authentisch steht weiter fest, daß am 21. November zwischen 11 und 12 Uhr Stalin trotz seiner T o t a l u n g durch die Presse noch am Leben war und in seinem Kollis-Royce von Gorki, wo Lenin händig lebte, nach dem Zentralkomitee der Partei gefahren ist, wo er Parteigelächter erlebte.

Ungarns Ministerpräsident in Berlin.

Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen ist in Berlin eingetroffen. Er wurde auf dem Bahnhof von Reichsminister Dr. Brüning und Reichsaussenminister Dr. Curtius sowie dem Chef des Protokolls Graf Lattenbach und den Herren der Ungarn-Abteilung des Auswärtigen Amtes empfangen.

Ungarns Ministerpräsident hat im Hotel Esplanade Wohnung genommen. Er machte am Mittag dem Reichspräsidenten seine Aufzehrung. Anschließend gab Hindenburg seinen Gästen ein Frühstück. Am Nachmittag erfolgte ein Empfang in der ungarischen Gesandtschaft. Am Abend veranstaltete Reichsminister Dr. Brüning ein Herrenmahl.

Am Sonntag erfolgte die Besichtigung mehrerer Museen und anschließend daran ein Besuch im Ungarischen Institut. Mittags gab der ungarische Gesandte dem Ministerpräsidenten und seiner Begleitung ein Frühstück. Am Abend fand ein Empfang im Collegium hungaricum statt.



Ministerpräsident Bethlens Anruf in Berlin. Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen traf mit seiner Gattin zu einem dreitägigen offiziellen Besuch in Berlin ein. Der Ministerpräsident wird hier wichtige Besprechungen mit der Reichsregierung führen. Links links: Graf Bethlen; nach rechts weiter: Reichsminister Dr. Brüning, Reichsaussenminister Dr. Curtius.

Die Ursache des Alsdorfer Unglücks.

Bergbahne als Filter benzohaltiger Abwässer! Berlin, 23. November. Obwohl fast vier Wochen seit dem folgenschweren Grubenunglück in Alsdorf, das 264 Tote forderte, vergangen sind, haben die bisherigen amtlichen Untersuchungen zu keinem Ergebnis geführt. Es schien, als ob das Rätsel von Alsdorf ungelöst bleiben sollte. Die Zeitung „Der Deutsche“ hat, um zur Erforschung der Ursache der Grubenkatastrophe beizutragen, vor kurzem ihr bergbaukundiges Redaktionsmitglied nach Alsdorf geschickt. Die Zeitung bringt nun das Ergebnis der Nachforschung.

XVI.

Der Nachmittag des zweiten Osterfesttages. Es ist war ganz allein zu Hause. Die beiden Festtage hatte man ihr freigegeben, sie brauchte nicht das emige Fräulein hier und Fräulein da zu beobachten und Fragen einer neugierigen Mutter zu beantworten, brauchte sich nicht von schlauen Kinderfragen ausbrechen zu lassen, konnte ein Gesicht machen, wie es ihr ums Herz war und konnte meinen wenn ihr danach der Sinn stand. Doch, sie weinte nicht. Was in ihr war, löstete zu schwer für fliegende Tränen. So ein dunkler Druck presste ihr die Seele zusammen, eine Ahnung nahestehenden Unheils, hinter dem Hammer und Sägeleib daherschliffen und ihr die grauen Hände entgegenstreckten, auf daß sie die Dritte sei im Bunde. Was sollte denn noch kommen — was wartete noch auf sie? Doch vielleicht eines Tages der häusliche Zusammenbruch kam, daß sich der Vater nicht aus seinen Verpflichtungen herauswinden konnte, daß dieser vielleicht nahe bevorstand, dies allein war es nicht. Von Felix Rahms drängen Schmerz und Zorn und Zorn zu ihr, seinen Namen raunten die Gespenster, die an diesem Osternachmittag ihre Gesellschaft waren.

Die Eltern waren beide ausgegangen, hatten ihr Tadeln bleiben so selbstverständlich gefunden, daß sie nicht erst eine Frage an sie gerichtet. Auch das Mädchen war fort, sie hatte die ganze Wohnung für sich allein. Die Türen der Zimmer waren zurückgeschoben, sie ging von einem ins andere, letzte sich in einem jeden eine kurze Weile nieder, als hätte sie einen weichen Weg gemacht, von dem sie sich erst erholen müßte. Dann ging sie wieder eine Etage weiter. Auf einmal kam ihr ein Verlangen, ins Freie zu gehen. Tugend wohin. Aber der Gedanke an all die Menschen, die jeden Weg und Segen heute füllen würden, hielt sie zurück. Nur auf dem Balkon trat sie hinaus und atmete die weiche Frühlingsluft ein.

Doch sie empfand nicht die liebe Kälte, empfand nur wieder das Schöne, mit dem sie so oft hier gefanden und wartend die Strafe hinauf gehauet, ob er wohl endlich kam.

Die Katastrophe wird wie folgt erklärt: Der Unglücks- schacht führt zu einem Teuf in aufgeschüttetem Erdens. Dieser ist als Festkörper einer 100 Meter vom Schacht entfernten liegenden Bergbahn sehr stark. Auf diese Weise werden von der großen Kohlenabfuhr der Tage zum Zwecke der Schmelzschmelze- und Abfuhrreinigung fortlaufend außerordentlich große benzohaltige Abwässer geleitet.

Die Zersetzung hat die Bergbahn gleichsam als Filter benutzt, aber dabei den sehr enghen Abstand nicht beachtet, daß der in der Nähe befindliche festgelegene Schacht durch den Zutritt dieser benzohaltigen Abwässer gefährdet wurde. Diese Gefährdung war dadurch ganz besonders vorhanden, daß sich in dem oberen Teile des Schachtes ein etwa 4 Meter hoher und 25 Zentimeter breiter Hofraum rings um den Schacht herum befand, der den Abwässern gleichsam als Behälter diente. Da aber Benzol leichter ist als Wasser, gelangte das Benzol als oberes in den Hofraum des Schachtes und wurde hier durch einen unglücklichen Zufall zu der folgenschweren Explosion gebracht. Die Entzündung kann verursacht worden sein entweder durch die kurz vor dem Unglück am Schacht ausgeübte Brennarbeit mit Sauerstoffgasen, die mit starkem Funkenregen verbunden ist, oder aber durch einen aus dem Bergbehoede im Bereich des Möglichen liegend erklärten Kurzschluß elektrischer Kabel im Schacht.

Diese Darstellung ist derart konkret, daß sich die Bergbehörden ernstlich mit ihr auseinandersetzen müssen.

Die Münchner Juntkritik eingekürzt.

München, 24. November. Der schwere Föhnsturm, der schon während der Nacht über München tobte, brachte gestern früh die beiden Juntkritiker des Senders München-Stadelheim zum Einsturz. Am 27. Uhr wurde der rechte, eine Viertelstunde später auch der linke Turm in etwa ein Drittel der Höhe zusammengefallen.

Beide Türme stürzten in Richtung Südwest auf die freie Weide, so daß weder Gebäudedächer entfielen, noch Menschenleben zu beklagen sind. Die übrige Sendeanlage blieb vollkommen intakt. Es wird bereits daran gearbeitet, eine Behelfsanenne zu errichten.

Köln a. Rh., 24. November.

Anfolge der starken Regenfälle laufen die Zälpferrn im Bergischen Land über, alle Flüsse sind stark angeschwollen. Die Schleiflöten in drei Orten und das Bergliche Elektrizitätswerk mußten stillgelegt werden. — Am Sonnabend ist längs des Rheins der Hochwasserstand in Talsicht getreten, da die Hochwasserlinie überflutet ist. Der Oberstrom, der Main, die Mosel und die Saar steigen weiter.

„Do X“ in La Corona.

Berlin, 24. November. Wie die hiesige Berichterstattung des Dornier-Metallbauers mittelt, ist das Flugschiff am 14.39 Uhr in La Corona glatt gelandet.

Von Bord des Flugschiffes „Do X“ hat der Dornier-Metallbauern folgenden Juntkritik erhalten: „Do X“ ist um 11.29 Uhr deutlicher Zeit von Santander gestartet. Sieben Passagiere an Bord; es sind zwölfstündig über Benzin mitgenommen worden. Wasser spiegellos, Wetter gut, am Bord alles in bester Ordnung. „Do X“ startete hundert Meter tiefer von der Ramme, die dicht von Menschen besetzt war; große Begeisterung. Die Flugdauer nach Corona als nächsten Ziel wird auf drei Stunden geschätzt, da Gegenwinde vorhanden. Der erste Start wurde abgebrochen, weil ein Motorboot im Wege stand und „Do X“ wieder zurückrollen mußte.“

Kleine politische Meldungen.

Bucharin wieder in Gnadon? Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion gibt bekannt, daß es die Erklärung Bucharins, keine Beziehungen zur Rechtsopposition abzubrechen zu wollen, zur Kenntnis genommen habe.

Koch-Weser über den Beamtenwirtschaftsbund. Die 7. Bundestagung des Deutschen Beamtenwirtschaftsbundes hat beschlossen, zum ersten Vorsitzenden des Bundes den Reichsminister a. D. Koch-Weser zu wählen. Koch-Weser hat die Wahl angenommen.

Harde Strafen für indische Unabhängigkeitskämpfer. Der Vorsteher des Rates für den „ajitai Ingharai“ ist in Karachi wegen Verletzung des Redeverbotes zu sechs Monaten schwerer Kerker verurteilt worden. Sechs andere Indier haben vier Monate derselben Strafe erhalten, weil verdächtig hergetretenes Salz in ihrem Besitz gefunden wurde.

Wo mochte er wohl heute sein?

Und wo war Fränze Diethold?

Auf ihrem Vorderplatz im zweiten Balkon des Opernhauses sah Fränze. Sie achtete nicht der Operngäste, die sich in den Bänken auf sie richteten, achtete auch nicht der zündenden Musik und wurde doch von den leidenschaftlichen Anstößen immer mehr hoch in die letzten Reihen ihres Lebens durchwühlt. Sie war wie in Zornenheit, ihre Pulse floßen, in den Adern sprang das Blut. Dabei sah sie ganz regungslos, den Arm auf die Ballonbrüstung gestemmt, das Kinn in die Hand geklammert, und karrete auf die Bühne. Und wenn aber der Gesang der Vorhang fiel, dann karrete sie auf das Gemälde, das der Vorhang trug.

„Die Worte von Zigeunern klingen —“ das lang und langsam und lachte in ihr und piffte wie Weidhunden.

Von Zigeunern — ohne bleibende Statt, wandern, hierhin, dorthin — heute da und morgen dort —

„Nur weiter fort, Zigeunerin!“

Alle möglichen Melodien fielen ihr ein, Lieber, die sie einmal gehört, Verse, die sie gelesen, und alle handelten sie von Zigeunern, vom Wandern, Wandern.

„Wie eine Zigeunerin,“ hatte sie von sich selbst gedacht, als sie dieheim vor dem Spiegel gestanden. Das schwarze Haar mit seinen traumlichen Wellen tief in die Stirn fallend, in den Ohren die großen Goldreifen, die ihr der Vater aus Italien mitgebracht, die Augen brennend und fänelnd und zwischen den blutroten Lippen die weißen Zähne blühend.

Weit über die Brüstung gebeugt, sah sie da, als dort die Carmen am Boden kniete und sich die Karten legte. Wie sie mit dem Dolch den Servant durchbohrt! Den Untertanen. Was sie wohl getan hätte, wenn einer sie selber ungerührt der Antreue beschuldigt hätte. Wenn er sie gemeint hätte, gequält, täglich, ständlich, daß sie sich nicht mehr zu helfen wußte. Wenn er sie weiter quälte, daß sie sich Tag und Nacht gegen ihn wehren mußte wie gegen einen Teufel, der ihr die Seele entob.

(Fortsetzung folgt.)

Das preussische Meliorationsprogramm.

Durch das vom preussischen Staatsministerium vor kurzem der Reichsregierung vorgelegte Meliorationsprogramm zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung, das zahlreiche Unternehmungen in allen preussischen Provinzen umfaßt und dessen Durchführung die Bereitstellung von rund 400 Millionen Rm. für die nächsten drei Jahre erfordert, ist die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erneut auf dieses wichtige Gebiet der Landwirtschaft gelenkt worden.

Das Programm sieht in erster Linie wasserwirtschaftliche Maßnahmen vor. Es berücksichtigt ferner die Förderung der landwirtschaftlichen Folgeeinrichtungen. Geht es, die Mittel im Verlaufe der nächsten drei Jahre zu beschaffen, so würde es möglich sein, etwa 79 000 Arbeiter während drei Jahre lang nutzbringend zu beschäftigen. Diese Zahl ergibt sich aus der Tatsache, daß etwa 70 Prozent der für Meliorationen aufwendenden Mittel auf Böden entfallen. Hierzu kommen die Arbeitskräfte, die für die Meliorationen in Beträgen formenden Anbauten einfließen können und deren Zahl auf etwa 10 000 geschätzt werden kann. Das Meliorationsprogramm ist auch von großem Wert zur Einschränkung der hohen Einfuhr von ausländischen Lebensmitteln. Schon lange hat die preussische Staatsregierung, wie von selbstverständlicher Seite betont wird, die Meliorationsfähigkeit in den Nachkriegsjahren in einem vor dem Kriege nicht gekannten Umfange gefördert. Während im Jahre 1913 aus staatlichen Fonds rund 5 Millionen Rm. für Bestäuben bereitgestellt wurden, konnten in den Jahren 1924—1929 insgesamt rund 61,5 Millionen Rm. an staatlichen Zuschüssen und rund 42 Millionen Rm. an verstaatlichten staatlichen Darlehen (z. B. rund 103,5 Millionen Rm.) Verwendung finden.

Das Gesetz Kolbold. Der Obermeister Führer in Jütland, der bei der Zahlung des sog. Kolboldes an seine Lehrlinge den Betrag für diejenigen Tage ab, an welchen die Lehrlinge nicht in der Werkstatt, sondern in der Berufsschule waren. Die Frage der Lehrlinge auf Zahlung des einbestimmten Betrages wurde vom VGH-Brechen im wesentlichen abgewiesen. Das VGH ging von der Ermögung aus, das Kolbold sei als „Lohn“, als Vergütung für geleistete Arbeit anzusehen. Gegen das Urteil des VGH legten die Kläger Revision ein. Die Revisionen wurden vom Reichsarbeitsgericht (207/30 v. 18. 10. 30) zurückgewiesen. Das sog. Kolbold sei in Wirklichkeit nichts anderes als ein Arbeitsentgelt, und mangels abweichender Bestimmung habe der Lehrling nur inwieweit es er gearbeitet habe, auf das Kolbold Anspruch.

Esp Kinder-Ausgaben vor Gericht. In der letzten Zeit haben wiederholt Kinder-Ausgaben eine entscheidende Rolle gespielt; u. a. in Potsdam, Nachterstedt und Burg. Daß sie nicht immer einmündig sind und kein förmlich leuchtend ohne weiteres ein. Nach experimentellen Untersuchungen, deren Ergebnis im Pädagogischen Magazin Langenloja mitgeteilt wird, vermöchten nur 47% der gesunden Kinder eine richtige Auskunft zu geben, soweit persönliche Dinge bei diesen Experimenten eine Rolle spielten; handelte es sich um weniger persönliche Dinge, so waren 88,3%, in der Lage richtig auszufragen. — Auf jeden Fall ist zu fordern, daß Kinder als Zeugen nur in nicht-öffentlichen Gerichtsverhandlungen vernommen werden.

Eine studienfreie Gemeinde. Die durch die Reichsfeindlichen Anhalten in ganz Mitteldeutschland bekannte Gemeinde Reinitz hat keine Schulen. Ihr Haushalt weist sogar ein Plus von 7500 R-Mark auf. Die Gemeinde zählt 2800 Einwohner.

Ep. Auflage 9 Millionen. Unter den deutschen Bibelgesellschaften steht die Preussische Hauptbibelgesellschaft an zweiter Stelle. Sie feierte kürzlich ihr Jahresfest, auf dem Prof. Dr. Lütkenam einen Bericht über die Arbeit der Gesellschaft gab. Wenn man den Erfolg eines Buches nach der Höhe seiner Auflage bemisst, dann ist die Bibel das erfolgreichste Buch der Weltliteratur. Die Preussische Bibelgesellschaft hat im vergangenen Jahr über 100 000 Bibeln verbreitet. Die Gesamtzahl der von ihr abgelegten Exemplare beträgt 9 Millionen.

Eine Muttertröge, Kinderseelen flagen Euch an. Der vielmitteltene Paragraph 218 (Verbrechen gegen das feindliche Leben) steht gerade jetzt wieder im Mittelpunkt des Interesses. Groß ist die Zahl derer, die den

Paragraphen aufrecht erhalten haben möchten, noch größer aber die Reihe derer, die ihn bekämpfen. Meinung steht gegen Meinung. Wer hat Recht? — Dankbar begrüßen wir es daher, wenn sich auch der Film des Gedankens „Pflicht zur Muttertröge oder nicht?“ annimmt und ihn dem Publikum durch die plastische Kraft des lebenden Bildes nahebringt. Aus der Reihe der während der letzten Jahre erschienenen Filme, die sich direkt oder indirekt mit dem Problem der Muttertröge beschäftigen, ragt der soeben neu erschienene „Eine Muttertröge, Kinderseelen flagen Euch an“, der am Donnerstag, den 27. November, im „Blauen Saal“ gezeigt wird, nicht auf Sentimental und ohne Charaktereinteilung, dessen ungeachtet aber dramatisch ungeheuer stark behandelt. Schon die zwingende packende Handlung, die übrigens in den Kriegsjahren spielt, wird diesem Film weitgehende Beachtung in allen Volksschichten sichern. Der Film, dessen Hauptrollen Clara Kommer, Walter Killa, Albert Steinrück, Fritz Raps und Nathalie Vissento, die frühere Parinette Mosjowski, spielen, erzielte in allen Städten einen ganz außergewöhnlichen Erfolg. Er wird dem eindrucksvollen Wert auch hier treu bleiben. Der Film wird mit einem Vortrag vom Institut für Sexualwissenschaft eingeleitet und ist es nur zu begrüßen, daß sich dieser Film in den Dienst einer so hoch wichtigen Sache gestellt hat, und kann der Besuch der Vorstellung jedermann empfohlen werden.

Wittenberg. Von den Postbräutern fehlt noch immer jede Spur, und es scheint heute recht fragwürdig, ob es überhaupt möglich sein wird, ihre Persönlichkeiten festzustellen. Die Gelegenheit zu ihrer und des Autos Feststellung ist eben von der Berliner Polizei gründlich verpatzt worden. Während die hiesige Schutzpolizei die funktionsgraphische Meldung über den Vorfall bereits um 8,50 Uhr, also unmittelbar nach demselben, nach Berlin weitergegeben hat, ist die schleimige Weitergabe dort scheinbar nicht mit der nötigen Schnelligkeit erfolgt, die für eine Festnahme unbedingte Voraussetzung war. So ist kostbare Zeit ungenutzt verlossen, in der sich die Verbrecher mit ihrem Haube in Sicherheit zu bringen vermochten. Wer die Schuld hieran trägt, das muß die Untersuchung ergeben. Da Nummer und Aussehen des Autos genau bekannt waren, wäre die Feststellung leicht gewesen. Inzwischen hat die Oberpostdirektion Halle eine Verolung für Ermittlung der Täter ausgesagt, außerdem werden fünf Prozent der Verbelegten Summe der Person zugesichert die die Behörden auf die Spur führt.

Breßlau. Der Geheimrat Herr Detel, welcher für die Baugesellschaft Wilhelm Borchers von Langholz aus der Dübener Heide nach dem Holzlag befördert, bekam am Dienstag nachmittag mit seiner Abgabe die hiesige Kirche nicht heraus, welcher der Schmiedegerber Gausche am Bahnübergang hinter der Friedenskirche stand. Deshalb entstand eine heftigste Diskussion, die von demselben der Erhebung der Eisenbahnstraße, als auch mehrere Gespräche und Autos betroffen wurden. Dem Langholz Joh. Conrad, welcher mit seinem Traktor den Langholz'wagen rückwärts zog, ist es zu verdanken, daß das schwere Verkehrsbehindernis beseitigt worden ist.

Zühnerweise. (Die Maut- und Klauensteuer erleiden) Da die Maut- und Klauensteuer in der Gemeinde Zühnerweise amtlich durch den Landrat als erloschen erklärt worden ist, werden die aus diesem Anlaß erlassenen wiesenden polizeilichen Anordnungen nunmehr aufgehoben.

Die „Deutsche Woche“ in Halle. Halle. Der Verlauf der „Deutschen Woche“ in Halle ist in jeder Hinsicht als gelungen zu bezeichnen. Die Beteiligung der Bevölkerung übertrifft alle Erwartungen. Sämtliche Veranstaltungen waren gut besucht. Zufuhr aus allen Bevölkerungsschichten legen Beweis dafür ab, daß die Gedanken der „Deutschen Woche“ im Publikum tiefe Wurzel geschlagen haben. Starke Unterstützung wurde durch die Presse geleistet. Es darf damit gerechnet werden, daß das Beispiel hallescher Schule nach und früher oder später die „Deutsche Woche“ zu einer allgemeinen Veranstaltung im ganzen Reichsgelände wird.

Halle. Senkung der Lebensmittelpreise. Die Verhandlungen zur Senkung des Preisstandes haben folgendes Ergebnis gehabt: Die Vertreter der Mühlen und

Auf Schwankem Grund.

Roman von S. A. I.

65. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
Wie die sieh dann wohl gerächt hätte?
Vergolten hätte sie's ihm. Qual mit Qual vergolten.
Die Oper war aus. Langsam schritt Fränze auf den Gang hinaus, zur Garderobe hinüber. Die Marke hielt sie in der Hand. Da sah sie eine Hand gegen die ihre vor — und nahm die Marke ab.
„Gehten Sie,“ sagte Felix Rahmus.
Sie hatte gewußt, daß er hier draußen ihrer warten würde, hatte selber auf ihn gewartet. Nun stand sie, bis er mit der Garderobe zurückkam. Den rotleuchtenden Schal nahm sie ihm ab und wand ihn um den Kopf. Dabei lag sie Felix an, ganz unweiderwand. Sie wußte, wie der Schal ihr stand, und ihre Zähne blühten. Den Mantel legte Rahmus ihr um. Er streifte dabei ihre Gestalt selbst mit den Säulen seiner Finger, und doch war es ihr, als hätte er sie fähig gemacht und an sich gerissen. Und sie wehrte sich nicht gegen ihn.
Nun gingen sie miteinander die Treppe hinab. Schweigend. Drunter im überfüllten Vestibül blieb Rahmus stehen und fragte:
„Hätten Sie einen besonderen Wunsch, wo wir souperieren wollen?“
„Wir ist alles gleich,“ gab sie zurück und wieder empfand sie das Verlangen, ihn ins Gesicht zu schlagen. Sie traten ins Treppenhaus und Rahmus ließ zu den haltenden Wagen eine Nummer hinüber. Eine geschlossene Droschke fuhr vor. Er half Fränze hinein, sie schlief nach und schlug die Tür zu. Der Kutscher fuhr in schnellem Tempo davon und ein Kalender stürzte hinterdrein.
Das war sie gewesen! Nur wie einen Blick hatte Ernst Janien ihr Gesicht gesehen, aber der Blick hatte lichterleuchtende Flammen in ihn hineingeschlagen, die ihn verbrannten. Das war sie gewesen! Und mit ihr der andere. Nicht allein war sie in der Oper, wie ihre Mutter ge-

lagt, die ihn auf der Straße nachgesitt war und ihn angegriffen hatte, voll einer heimlichen Angst, voll des unerbittlichen Bemühens, nach Kräften Frieden zu stiften.
Nicht allein, mit ihr der andere!
In Springen, mit ein jagendes Tier, setzte er hinter den Stad haltenden Wagen drein. Nur ihn nicht aus dem Gesicht verlieren. Nur wissen, wohin sie führen. Nur erst den Wagen erreichen. Sich daran festklammern, an der Rückwand, an den Rädern. Sich von den Rädern schleifen lassen, aber nicht den Halt verlieren, nicht die beiden verlieren, die dort drinnen lagen.
Er vermochte nicht, den Wagen einzuholen, aber immer in einiger Entfernung lag er ihn wieder vor sich. Ein Hund fuhr er die Gassen hinauf, bog in die Querlorentstraße ein und rollte dann eine der Querstraßen entlang.
Ammer ihm nach in wilden Schritten. Die Menschen stieß sich Janien mit beiden Armen aus dem Weg. Einen Schuhmann, der ihn festhalten wollte, sah er mit Augen an, daß ihm die Hand zurückwies. Da lief wohl eine zum Art, weil irgendwo ein Unglück passiert war.
Jetzt einmal hielt der Wagen. Ein Mann, nachher artige Springs, aber er kam zu spät. Der rechte Wagen machte langsam Fahrt. Die beiden, die ihm entliefen, waren im Innern des Hauses verschwunden, gegen dessen überdachten Eingang Janien antaumelte mit feuchter Brust und brechenden Knien. Eine Weile vermochte er nichts zu denken, zu fühlen vor dem Tosen im Hirt. Dann kam wie eine Schlange, die sich ringelnd in ihm emporwand, der einzige Gedanke wieder getroffen, den er zu denken vermochte.
Dort drinnen waren sie.
Dort drinnen. In dem Haus. In dem Restaurant. Nein, in der Hölle, davor der Teufel Wache hielt: Ein tollschwarzer, großer Neger in papageibunter Livree. Er stand dreißigpür unter dem Glasdach, dicht neben dem Säulchen der Tür.
Von zehn bis zwei Uhr Soupers.
Kapelle des Bräus Mistra.

des Mehlgroßhandels ermäßigen den Mehrevertauspreis an die Bäcker für bis zu 60 Prozent ausgemahlenes Getreide um etwa eine Reichsmark für den Doppelzentner. Die Bäckervereinigung, die Profabfabriken und der Konsumverein legten mehr als zu den Preis für den 50 Pfund Brot mit Weibung am 24. November bei gleichbleibender Beschaffenheit von 54 auf 52 Pfennig zu senken. Die Weibler-Zwangsbekanntmachung erklärte ihre Bereitwilligkeit, sich für eine Herabsetzung der Preise für Fleisch und Fleischwaren bei ihren Mitgliedern einzulassen, und zwar um 7 bis 10 Prozent.

Ein Markenmischerband der Provinz Sachsen

Halle. Kürzlich fand die Gründung eines Markenmischerverbandes der Provinz Sachsen statt. Der Verband bezweckt die Wahrung der Interessen seiner Mitglieder und soll auch in den Preis- und Abfragefragen regulierend wirken. Bedeutend ist, daß sämtliche Markenmischerbetriebe dem Verband angehören müssen, also mit Verlust der Mitgliedschaft das Recht zur Führung der Marken verloren geht. Der Markenmischerverband entspricht demnach den in § 85 des Reichsmischgesetzes vorgesehenen Zusammenfassungen.

Geflügel. Im Schachtelverlag in G. Auf dem Bismarckplatz verunglückte der Bergmann Alme aus Festsiedt und der Schlosser Wolfram aus Leimbach. Ersterer wurde am Oberleibschuß, während Wolfram eine Beckenquetschung erlitt. Beide wurden dem Knappschafts-Krankenhaus zugeführt.

Inbetriebnahme der mitteldeutschen Fergasleitung

Magdeburg. In Anwesenheit zahlreicher Vertreter aus Industrie, Handel, Handwerk, der Behörden usw. fand am Sonntagabend nach einer Besichtigung die Inbetriebnahme der Großgalerie Mitteldeutschland und gleichzeitig der Fergasleitung von Magdeburg nach Dessau. Leipzig und bis zum Nordrande des Harzes statt. — Die Großgalerie wurde in 18 Monaten mit einem Aufwand von etwa 15 Millionen Reichsmark errichtet und besitzt eine Leistungsfähigkeit von rund 100 000 Kubikmeter im Jahr. Oberbürgermeister Meise teilte u. a. mit, daß diese Anlage der erste Teil der neuen großen mitteldeutschen Industrieleitung sei. Für die nächste Zeit sei die Errichtung des Großkraftwerkes Mitteldeutschland und der Bau der einzigen deutschen Zinkhütte der Bergwertgesellschaft von Giesches Erden geplant.

Mehrsleben. Feuer in Waijenhausen. Im Wirtschaftsgeld des hiesigen Waijenhausen entstand Feuer. Mehrere Häuser sind unversehrt. Es erlitt die Strohhof, die Schenke und die Ferkelhof. Der Feuerwehrgang es, ein Liebergegens des Feuers auf der Waijenhausen zu verhindern. Der angestrichene Sachschaden ist erheblich.

Häßen. Sachantrag gegen den Bürgermeister. Die Stadtverordneten beschlossen mit letzter gegen vier Stimmen gegen den Bürgermeister Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft zu erlassen. Es werden ihm dienstliche Unregelmäßigkeiten vorgeworfen.

Berberg (Efter). Verlegung des Jollantes? Wie es heißt, sollen zwischen dem Bürgermeister von Herzberg, dem Landrat und dem Vertreter des Hauptplatzes Wittenberg Verhandlungen gepflogen worden sein mit dem Ziel der Verlegung des hiesigen Jollantes nach Liebenwerda. Den Verhandlungen der hiesigen Behörden werde von der anderen Seite entgegengehalten, daß die gleiche Sprudnahme des Amtes eine Verlegung rechtfertige. Wie weiter verläuft, würde man sich mit einer Verlegung des Jollantes nach Torgau eher abfinden können.

35 000 RM unterschlagen

Sondershausen. Der Krankentassengehilfe Friedrich Schiele hatte seit dem Jahre 1924 nebenberuflich das Neben- und Invalidenversicherungsamt für einige hiesige Arbeiter übernommen. Wie sich jetzt herausstellte, hat Schiele von diesen Geldern rund 35 000 RM unterschlagen. Er wurde vom Schöffengericht zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Eine im Zusammenhang mit den Verhörungen vorgenommene Nachprüfung seiner Tätigkeit als Krankentassengehilfe hat ergeben, daß er auch Krankentassenbeiträge in Höhe von etwa 33 000 RM veruntreut hat. Diese Verhörungen sollen in einem späteren Verfahren zur Klärung gelangen.

Protest gegen den neuen Steuern

Leipzig. Die Verbände des Absatzwarenhandels hatten eine gemeinsame Kundgebung ab, die einstimmig eine Entschleunigung anmahnt, in der schärfer Protest gegen jede weitere Tabaksteuerhöhung erhoben wird. Jede Mehrbelastung müsse bei dem unausbleiblichen Konjunkturgang zur völligen Vernichtung Tausender von Existenzen führen und bringe statt der erwarteten Steuermehreinnahmen Minusverträge. Die Steuererläge ließe in diesem Übermaß

Souper, Selt und Zigarettenmilch. Dort drinnen waren sie. Es kamen noch mehr der Paare, die's nach einem Souper zu zweien aß. Wagen um Wagen fuhr vor und immer sprang der bunte Teufel herum, rief den Wagenschlaf auf und hielt die Tür zur Hölle auf, bis die Wäskenen dahinter verschwunden waren.
Dort bei den waren sie.
Er hätte in auch hineingekommen, „Grand Restaurant“ stand an dem großen transparenten Säulchen über dem Portal zu lesen. Gerade den beiden gegenüber hätte er sich seinen Platz suchen können.
Aber er wollte nicht hinein. Hier draußen wollte er warten. Hier draußen, wo sie ihm nicht entgegen konnten, jede Minute des Wartens bis aufs Letzte auskosten. Guffig mußte es da drinnen sein. Und voll mußte es sein. Immer mehr riefte rauchte die Erde, filterten die Schilgen, wehte süßlich herüber der Duft an, schimmernde Qualen den lale umhängenden Mänteln hervor das weiße Fleisch der unverhüllten Hüften.
So eine war sie nun auch geworden — so eine. Nicht mehr und nicht weniger als so eine.
Ernst Janien lachte. Ein Lachen ohne Laut, unter dem der Körper ihm zuckte und schitterte.
Nein, er hätte nicht hinein gehen, nicht mit dem Tisch empor, er hätte's ihr nicht ins Gesicht, was für sie nun geworden war. Er schlug den anderen nicht dort drinnen zu Boden. Er wartete, bis sie wieder kamen. Wie eine steinerne Säule stand er gegen die Hausmauer gelehnt.
In einer der heimlichen Nischen des langen Saales saßen Felix Rahmus und Fränze Diebold. Der Keller hatte das Souper zu beenden begonnen, der Selt stand im Eisbüchler und Fränze lachte. Als sie in den blendend erhellen Saal traten, rechts und links die verhängenen Nischen sah, die die Darinwohnenden jedem neuerigen Bild verbergen, da hatte sie plötzlich ganz laut aufgelaßt.
„Recht lo,“ lobte ihr Begleiter. „Bis jetzt war's auch ein hübscher gar so frohig.“
(Fortsetzung folgt.)

zu der von der Regierung betriebenen Preisentung und Befähigung der Arbeitslosigkeit. Weiter wurde einstimmig beschlossen, Marken- und Maschinenzertare in den Geschäften wieder einzuführen noch auszuführen. — Die Leipziger Hotel- und Gastwirtschaften nahmen eine Entschiedenheit gegen die Einführung der Gemeindegaststätten zu eren an, die die Erziehungsbildung einer großen Anzahl von Betrieben untergraben und zahlreiche Arbeiterinnen zur Arbeitslosigkeit verurteilen würde. Auch der Verein Leipziger Gastwirte nahm gegen die Durchführung der Bier- und Getränkesteuer Stellung. Vertreter aller gesehenswerten Organisationen haben dem Kreispräsidenten Dr. Marcus gegenüber ihre völlig ablehnende Haltung gegen die Gemeindegaststätten zum Ausdruck gebracht. Die Montagssitzung des Kreisaustrusses, die über die Finanzsawese Einführung der Getränkesteuer in Leipzig Beschluß fassen sollte, ist vertagt worden. Sollte die Getränkesteuer durch die Aufsichtsbehörde eingeführt werden, plant die Arbeitsgemeinschaft der Gastwirte Leipzig-Stadt und -Land die Einberufung einer Protestversammlung, die auch vor der letzten Maßnahme nicht zurücktreten soll.

Räuber und Einbrecher festgenommen

Dresden. Der Räuber, der den Raubüberfall auf eine zanzjährige Kontoristin in der Großenhainer Straße verübt hatte, ist nunmehr als der 22 Jahre alte Monteur Walter Thirbach von hier festgenommen worden. Auch sein Helfer, der gleichaltrige Arbeiter Selmutzig, der zunächst entkommen war, wurde in seiner Wohnung festgenommen. In einer Ortschaft bei Sehmig wurde der 19 Jahre alte Arbeiter Meinhart als aus Krumbornsdorf bei Neustadt wegen Landstreichens festgenommen. Er wurde von dem Dresdener Kriminalpostamt gefucht, da er im Verdacht stand, am Raubüberfall auf den Bürgermeister in Struppen beteiligt gewesen zu sein. Meinhart war bei seiner Vernehmung gefändigt, außerdem mit dem 24 Jahre alten Schmidt Osterreich den Raubüberfall in Struppen und kurz vorher einen Einbruch in Pirna verübt zu haben. Osterreich ist noch flüchtig.

Gemisch. Unweit des Flugplatzes wurden von der Genarmeerie vier Burden im Alter von 16 bis 21 Jahren festgenommen, die in einem Strohfleisen übernachtet und Einbrecherwerkzeuge bei sich hatten. Sie hatten in letzter Zeit wiederholt Lebensmittelschäfte heimlich und mehrere Einbruchsdiebstähle verübt. Sie wurden mit einigen Komplizen der Staatsanwaltschaft zugeführt. Ein Teil der Beute konnte wieder herbeigefacht werden.

Merane. In Merano wurde ein 18 Jahre alter Arbeiter festgenommen. Er ist flüchtig, den Raubüberfall am Fahrartenrad in Merano verübt zu haben. Man fand bei ihm Geldscheine und Revolver.

Hamm. Schwere Muttat in Rabbob. An Rabbob hat sich eine schwere Muttat ereignet. Der von seiner Frau getrennt lebende Bergmann Widt wurde von dem Liebhaber seiner Frau und dessen Bruder, den Gebrüdern Josef und Alfred Cerkowitz, überfallen. Amlichen

Widt und Josef Cerkowitz kam es zu einem Handgemenge. Dabei erhielt Cerkowitz von Widt mit einem dolchartigen Messer einen Stich in den Rücken. Hierauf zog Alfred Cerkowitz eine Pistole, schob blinndlings auf die beiden Kaufleute ein und brachte Widt und seinen Bruder mehrere Schüsse bei. Die Schwerverletzten, an deren Rückenmuskeln gepfeilt wird, wurden in das Krankenhaus überführt. Der Täter wurde verhaftet.

Stuttgart. Leichter Zug zusammenstöß. Auf dem Bahnhof Fellbach bei Stuttgart fuhr eine Rangierabteilung auf einen durchfahrenden Leertzug seitlich auf. Bei dem Zusammenstoß stürzte die Lokomotive des Leertzuges um, wodurch die beiden durchgehenden Gleise gestört wurden. Der D-Vog 237 Stuttgart-Berlin mußte umgeleitet werden. Der übrige Verkehr wurde durch Umleitungen aufrecht erhalten. Der Lokomotivführer und der Heizer der umgestürzten Lokomotive wurden verletzt.

Breilach. Hochwasser am Oberrhein. Anfolge der anhaltenden Regenfälle im Gebirge und des Schneeschmelzes im Rhein liefen einen Meter gestiegen und im weiteren Steigen begriffen. Nicht nur die Schwarzachbäche, sondern auch die Schweizer Flüsse führten erhebliche Wassermengen heran. In Basel haben die in die Mündung der Rheine eintretenden Rheinmägen die neue Hochbrücke über die Rheineinmündung fortgeschwemmt und gegen die Hüniger Schiffsbrücke getrieben, die erheblich beschädigt wurde. Ein Teil der Brücke ist von den Wassern abwärts geführt worden. In Waldsloh im Rhein teilweise über die Ufer getreten und hat das Vordrängen überschwemmt. Auch bei Breilach schlagen die Wellen über die Uferbränder und füllen das Ufergebiet mit Wasser.

München. Mutter und Sohn begehen Selbstmord. In ihrer Pension an der Brienerstraße wurden die 61jährige Kaufmannsweibe Meta Tolle aus Chemnitz und ihr 37 Jahre alter Sohn Dr.-Ing. Walter Tolle tot aufgefunden. Es liegt Selbstmord durch Vergiftung mit Blausäure vor. Aus hinterlassenen Briefen ist zu entnehmen, daß die beiden in wirtschaftliche Notlage geraten sind und beschloßen hatten, gemeinsam zu sterben.

Schwelm. 70 000 Mark unterfchlagen. Wie das Landratsamt mitteilt, hat der Hofschaffmeister Rühentzchen nach den bisherigen Ermittlungen seit 1927 zurückgehend rund 70 000 Mark unterfchlagen.

Kosford. Ein tragischer Vorfall ereignete sich in der Dorschaft Wittenförden. Als der dortige Landwirt Elias einen alten aus dem Krige mitbrachten Revolver reinigen wollte, ging plötzlich ein Schuß los. Die Kugel drang seiner Frau, die ihm behilflich gewesen war, in den Körper. Schon nach fünf Minuten verstarb sie an innerer Verblutung. Die Morbidkommission aus Schwerin begab sich sofort an Ort und Stelle. Es war zunächst der Verdacht aufgetaucht, daß ein Verbrechen vorliege. Die Leiche wurde befehigt, doch scheint ein Mord nicht vorzuliegen.

Altona. Motorregler mit Befähigung untergegangen. Auf Esst wurde ein Rettungsboot untergegangen, das, wie jetzt festgestellt wurde, zu dem berühmten Altonauer Motorregler „Stralund“ gehört. Der Segler hat am 8. November einen englischen Hafen verlassen und seinen Bestimmungsort Göttingen nicht erreicht. Es wird daher angenommen, daß er in den schweren Nordseestürmen mit seiner dreizehn Mann starken Besatzung untergegangen ist.

Wirtschaftlicher Wochenbericht

mitgeteilt von der Mitteldeutschen Landesbank, Magdeburg, durch die Stadtkassette zu Remberg.
Nach dem Reichsanzeiger vom 15. November 1930 hat sich die gefamte Kapitalanlage der Bank um 516,9 Mill. RM auf 1865,7 Mill. RM vermindert. Der Umlauf an Reichsbanknoten verminderte sich um 242,1 Mill. RM auf 4130,8 Mill. RM. Die Drangung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 49,9 % in der Vormonats auf 82,8 %, diejenige durch Gold- und drangungsfähige Devisen von 54,9 % auf 64,5 %.

In der Berichtsmoche konnte die auf Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage abzielende Preisentungspolitik in verschiedenen Produktions- und Handelszweigen Fortschritte verzeichnen. Vielfach wurden weitere Preisreduktionen jedoch von dem Ergebnis der zum Teil schon eingeleiteten oder noch bevorstehenden Rohstoffverhandlungen abhängig gemacht.

Der deutsche Wachsenandel ergibt auch für den Monat Oktober eine attive Bilanz, die mit einem Ausfuhrüberschuß von 178 Mill. RM abschließt. Unter Einbeziehung der Reparationsleistungen übertrifft der Wert der ausgeführten Waren den Wert der Einfuhr um 239 Mill. RM.
Die auf den Erntestag des 12. 11. 30 berechnete Großhandelsindex der des Statistischen Reichsamtes beträgt 120,5 gegen 120,5 in der Vormoche. Die Veränderungen in den einzelnen Indexgruppen sind nur geringfügig.

Lichtstrahlen.

Um mich her die großen Scharen, die verkrüppelt, sich und blind, mit jezt schon seit 50 Jahren Pflege- und Sorgenfäden sind, dürften danach, sich zu laben an der Liebe Weihnachtsgaben. Laßt mich bitten, laßt mich flehen für die Verarmten groß und klein, daß sie in dem Jammer sehen des Erbarmens milden Schein, das Strahl von jenem Licht, eines durchs Leidenbunkele brüht.

Als Lichtstrahlen in das Dunkel seiner tausend Kreuzträger erbietet Eckerlein im 50. Jubiläumsjahr der 86jährige Kreutzplavater D. H. Braun, Sup. i. R., Angerburg Ostpr. (Postfachkonto Königsberg 2423).

Brennholzverkauf

der Oberförsterei Zornau b. Döben am 3. Dezember 1930 ab 10 Uhr im „Seideturm“ in Zornau. (Neuer Einschlag.)

Butschstein, Jag. 71c, 99a, 116c: Gt: 5 Nugscheit, 45 Kio, 4 Kni, 5 Bruch; Bu: 332 Kio, 40 Kni, 10 Bruch; 49 Reis I; Bir: 11 Kio, 48 Kni, 2 Reis I; Kie u. St: 70 Kio, 12 Kni, 2 Reis I. Jag. 116e: Bir: 16 Nugschangen II. St.

Grenzhaus, Jag. 110: Gt: 70 Kio, 8 Kni, 8 Bruch, 11 Reis I; Bu: 40 Kio, 6 Kni, 1 Bruch, 14 Reis I; Kie 367 Kio, 23 Bruch, 36 Reis I.

Zornau-Nord, Jag. 75b u. Tot. Hauptn: Gt: 151 Kio, 11 Knorr, 17 Kni, 1 Bruch, 34 Reis III; RBu: 194 Kio, 2 Knorr, 8 Kni, 196 Reis III; WBu: 15 Kio, 1 Kni; Bir: 5 Kio, 1 Kni; Kie u. St: 55 Kio, 2 Knorr, 10 Kni, 5 Reis III.

Rauschhaus, Jag. 21a, Kie: 249 Kio, 43 Kni, 7 Bruch, 140 Reis I.

Vertäuung vorbehalten. Die Holz Käufer der Oberförsterei Zornau werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Holzverkäufe jezt stets Mittwochs stattfinden.

Morgen Dienstag großer Schellfischverkauf
frischer Schellfisch
Sischilet
zum allerbilligsten Tagespreis.
Paul Mierhschte, Burgstraße

Empfehle Dienstag früh
frische gr. Seringe
frischen Schellfisch
ff. Bündlinge
Ww. Emma Reinecke.

Hotel „Blauer Hecht“

Donnerstag, den 27. Nov., abds. 1/9 Uhr
Grosse Sondervorstellung!
Mutter werden ? ? ?
Die brennendste Frage unserer Zeit ist

§ 218

Muttertragödie

Kinderseelen klagen Euch an!

In den Hauptrollen: Cläre Rommer, Walter Rilla, Albert Steinrück, Fritz Raps.

Eine tragische Wahrheit rollt unter atemloser Spannung und tiefer Ergriffenheit des Mitfühlers ab. Der Film läßt Bilder vorüberziehen, die erschütternd, eben weil sie wahres Leben schildern und die wichtigsten Fragen des Menschen behandeln.

mit Vortrag vom Institut für Sexualwissenschaft.
Offene Worte an Alle!
Ein Film, den jeder sehen muß! Keine erhöhten Preise!

Kostenanschlag-Formulare empfiehlt ab Lager

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold Remberg — Fernsprecher Nr. 203.

Prima
Kind- und Hammelfleisch frische Flecke
empfeht
Nisch. Krausemann Nachf.
Inhaber Heinrich Schneider

Zahn-Atelier Fr. Genzel
Dentist.
Vollst. schmerzlinderndes Zahnziehen
Plombieren in Gold, Silber und Kupferamalgam
Anfertigung künstlicher Zähne in Kauchschd, Gold u. unechten Metallen, sowie Kronen, Brückenarbeiten und Stützähne.
Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

Wagenfett, Lederfett, Motoröle
empfeht Ww. B. Becker

Bürger-Verein
Dienstag, den 26. November, abends 1/9 Uhr im Schützenhaus

Bersammlung
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand
Waldhaus Niemiß
Morgen Dienstag Schlachte-Fest
von vormittags 10 Uhr Wellfleisch von nachmittags 3 Uhr frische Würst und Wellfleisch
Um gütigen Zutpruch bittet
Frau Gehner

Zu Weihnacht-Arbeiten
empfehle

Beiers lustige Puppen Schneiderei
Anleitung und Anweisung zur Anfertigung u. Puppenkleiden, Hüten, Schuhen, Köben usw.
6 Hefte
jedes Heft in haltbarem Pappenband und mit 2 Schnittbogen.

Schreibers technische Modellierbogen
Graf Zepplin, Flugzeug Do. X und G. 38. Dampfer Europa
ferner
Weihnachtstrikppen
Burgen, Schlösser, Landhäuser, Bahnhöfe usw. in reicher Auswahl.

Puppenstuben-Tapeten
Reliand- und Taifun-Klebeapsta

Laubsägekästen Handwerkerkästen

Laubsägevorlagen Laubsägeholz Laubsägeblätter

Richard Arnold, Remberg
Leipziger Straße 64/65 — Markt 3

7 Stück 5 Wochen alte
Ferkel
verkauft
Dito Befigt
4 Ferkel
zu verkaufen Burgstraße 27

Reise-Koffer
in verschiedenen Größen und Ausführungen
Richard Arnold, Leipziger Straße

Rechtsrat
Prozeßsachen (Amts- u. Landgericht), Kaufverträge, Testament, Steuerfachen (Vermögenssteuer)
R. Lehmann, Gerichtsreferendar a. D. und öffentl. angeft. Vertheiger
Weinbergstraße 8

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreise: Monatlich für Adressler 1,25 M., durch Posten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,50 M., durch die Post 1,65 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsunterbrechung Streifen usw. ersieht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Annoncenseite 30 Pfg., Ausnahmestellen 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Weitergabe unbezahlt geschiebener oder durch Fernposten aufzugebende Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Laubend, zuzüglich Postgebühr. Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 138

Dienstag, den 25. November 1930

32. Jahrg

Reinhaltung der Rinnsteine.

Sie wissen wiederholt darauf hin, daß Spül- und Waschwasser, Jauche aus Ringergruben, Ställen und Aborten, sowie das Blut geschlachteter Tiere nicht in die Straßenrinnen eingeführt werden dürfen. Gegen weitere Verstöße müssen wir nimmere mit Strafen vorgehen.

Kemberg, den 21. November 1930.

173] Die Polizeiverwaltung.

Donnerstag, den 27. November, 14 Uhr.

Mütterberatungsstunde

im Bürgeraal.

Kemberg, den 22. November 1930.

173] Der Magistrat.

Neues in Kürze.

Der Gener. Abrüstungsausschuss berät gegenwärtig das Kapitel Organisation des Abrüstungsabkommens, das im Kriegesfall den Völkerverbundmitgliedern die Aufrüstung gestattet. Deutschland soll jedoch dieses Recht nicht haben, weshalb man festlegen will, daß das Abrüstungsabkommen vorhergehende vertragliche Abrüstungsbindungen nicht berührt.

Die wichtigsten Arbeiten der oktoberfestlichen Anstalten gegen die Deutschen haben den Präsidenten der genierten deutsch-polnischen Kommission, Galonder, veranlaßt, eine Untersuchung einzuleiten.

Steueramnestie.

Eine Maßnahme gegen die Kapitalflucht.

Im Rahmen des Steuervereinfachungsgesetzes befinden sich eingehende Mitteilungen über die von der Reichsregierung geplante Steueramnestie. Die Begründung zu diesem Schritt, zu dem sich die Reichsregierung entschlossen hat, lautet u. a.:

Es kann nicht geleugnet werden, daß Kapitalflucht und Steuerflucht einen sehr erheblichen Umfang angenommen haben. Wenn auch Kapitalflucht mit Steuerflucht nicht ohne weiteres zusammenzufallen braucht, so kann aber auch nicht verkannt werden, daß zu einem sehr erheblichen Teil das zunächst aus anderen Gründen ins Ausland geflüchtete Kapital und das Einkommen daraus in Deutschland nicht mehr versteuert werden. Die Reichsfinanzverwaltung ist mit allen Mitteln bestrebt, auch diese Steuerhinterziehungen aufzudecken, und hat auch auf diesem Gebiet, insbesondere durch die Buch- und Betriebsprüfung, nicht zu unterschätzende Erfolge erzielt. Sie wird auch in Zukunft solche Fälle mit unumschließlicher Strenge verfolgen. Immerhin gibt es Fälle, in denen sich der Sachverhalt trotz sorgfältigster Nachprüfung nicht erschöpfend aufklären läßt. Hier erscheint es zur Abklärung zeitraubender Nachforschungen, die übrigens nicht nur im Interesse der Verwaltung, sondern auch im Interesse der betroffenen Personen liegt, dringend geboten, eine Maßnahme vorzunehmen, die jedem Zweifel, ob richtig deklariert ist oder nicht, ein Ende machen muß. In dieser Beziehung sind schon bisher mit der Abgabe edelstatistischer Versicherungen gute Erfahrungen gemacht worden. Sie waren aber bisher nur mit den Einschränkungen, die für das Steuerermittlungsverfahren gelten, zulässig.

Künftig sollen darüber hinaus solche edelstatistischen Versicherungen auch bereits im Steueranfrageverfahren verlangt werden können. Die Reichsregierung ersieht hierin ein wirksames Mittel zur besseren steuerlichen Erfassung, insbesondere in den Fällen, in denen die geschäftlichen Verhältnisse außerordentlich kompliziert liegen und daher oft nur mit erheblichen Schwierigkeiten durchgeführt werden können. Selbstverständlich soll eine so ernste Maßnahme, wie es eine edelstatistische Versicherung ist, nur nicht auf alle möglichen Fälle wahllos angewandt werden; sie muß sich vielmehr auf Fälle wesentlicher Bedeutung beschränken. Deshalb ist ihre Zulässigkeit in jedem einzelnen Fall auch an die Genehmigung des Landesfinanzamts geknüpft.

Darüber hinaus hat sich die Reichsregierung aber noch zu einer weiteren Maßnahme entschlossen, nämlich zum Erlaß einer allgemeinen Steueramnestie. Es ist sich der Nachteile, die in einer Steueramnestie überhaupt liegen, voll bewußt, hat aber dennoch geglaubt, diese Bedenken in diesem Augenblick zurückstellen zu sollen. Es gibt unzweifelhaft viele Personen, die steuerflüchtig geworden sind und an sich doch bereit wären, mit ihrem Kapital ins Inland zurückzukehren, denen aber der Weg so lange verbaudet erscheint, als sie nicht die Gemüthsruhe haben, daß sie nicht nur von Strafen — das wäre ja im

Weg der tätigen Reue nach § 374 der Reichsabgabenordnung möglich —, sondern auch von Nachsteuern für vergangene Jahre befreit sind.

Dieser Entschluß wird sich gerade in diesem Augenblick verfahren, weil die gesamte Öffentlichkeit im Inland und im Ausland sieht, daß im Rahmen des Finanz- und Wirtschaftsplans der Reichsregierung die Gesundung der öffentlichen Hand mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und nachdrücklich herbeigeführt werden soll. Aus diesem Grunde erscheint der gegenwärtige Zeitpunkt für eine solche außergewöhnliche Maßnahme besonders geeignet. Wenn auch in den Ausgangspunkt für diese Erwägungen die starke Steuerflucht ins Ausland gebildet hat, so erschien es doch nicht gerechtfertigt, die Amnestie nur auf das ins Ausland verbrachte Vermögen zu beschränken. Sie ist daher auch auf das im Inland hinterzogene Vermögen und Einkommen ausgedehnt worden. Es soll allen Personen, die Hinterziehungen begangen haben, zu Kus und Frommen des Staates und der ehelichen Steuerzahler noch einmal die Möglichkeit geboten werden, den Weg zur Steuerrechtschaffenheit zurückzufinden.

Der neue § 456 des Reichsabgabengesetzes, der die Steueramnestie enthält, hat folgenden Wortlaut: Wer steuerpflichtiges Vermögen oder steuerpflichtiges Einkommen einer bestehenden Rechtskraft zumider dem



Aktiva und Passiva des Reiches.

Eine aufschlußreiche Vermögensaufstellung.

Berlin, 23. November.

Im Entwurf des Reichshaushalts für 1931 befindet sich eine Vermögensaufstellung des Reiches. Danach bestehen die Aktiva aus Liegenschaften, beweglichen Sachen, Darlehen, Beteiligungen des Reichs an wirtschaftlichen und sonstigen Unternehmungen und an Wertpapieren. Der Grundbesitz des Reiches hatte Ende März 1930 eine Gesamtgröße von rund 325 660 Hektar. Davon befinden sich im Besitze der Reichsbahn-Gesellschaft 199 050 Hektar, ferner im Nachweis des Reichsheeres rund 78 730, im Hoheitsgebiet des Reichsfinanzministeriums 37 500 Hektar. Unter dem letztgenannten Grundbesitz befinden sich auch die Reichsforsten mit 13 300 Hektar. Die Darlehen betragen nach dem Stande vom 1. Oktober 1930 rund 888 Millionen Rm., was eine Verminderung um 669 Millionen gegen das Vorjahr bedeutet. Diese Verminderung ist in großem Umfang auf Kosten des Reiches eingetreten, vor allem, weil die Reichsregierung sich entschlossen hat, das Gesamtdarlehen in Höhe von 623 Millionen, das der Reichsanstalt für Arbeitslosen-Versicherung gegeben war, niederszulagern. Ferner wurden niedergelagerten Darlehen, die zur Milderung der Arbeitslosigkeit an die Reichsbahn-Gesellschaft in Höhe von 80 und in Höhe von 49 Millionen Rm. gegeben wurden. Die Reichsbahn ist damit auch betragsmäßig in die Lage gesetzt, einen Ausgleich für die zusätzlichen Beschäftigungs-Ausgaben zu ermöglichen.

Unter den Wertpapieren im Besitze des Reiches befinden sich vor allem — für den Erlaß des 30. September 1930 — 731 Millionen Rm. Vorzugsaktien der Reichsbahn-Gesellschaft. Ein größerer Posten hiervon soll in nächster Zeit

veräußert werden, und es sind im Haushaltsplan 300 Millionen Rm. als Erlös hierfür einberechnet. Für 1931 ist aus dem Erlös eines weiteren Verkaufs dieser Aktien eine Summe von 150 Millionen Rm. vorgesehen.

Die Passiva des Reiches bestehen aus dem Garantie-Risiko aus den in Gesamthöhe von 684 Millionen Rm. übernommenen Garantien, dann aus „Forderungen gegen das Reich“. Hier sind vor allem zu erwähnen die Ansprüche der Länder auf Grund der Übernahmen der Eisenbahn- und Postverwaltung auf das Reich, ferner auf Grund des Verlustes von Staatsbesitz durch den Friedensvertrag usw. Schließlich bestehen die Resten aus der Reichsschuld, die am 30. September d. J. 10 506 Millionen Rm. betrug. Hinzu kommt die schwebende Schuld in Höhe von 1290 Millionen Rm. am 30. September 1930, die sich um rund 400 Millionen Rm. ermäßigt hat.

Moratorium nötig.

Dr. Schaaf zur Curtius-Rede.

Neupost, 23. November.

In Cincinnati wurde Dr. Schaaf um seine Stellungnahme zur letzten Rede des Außenministers Dr. Curtius gebeten. Er erklärte, ein Moratorium sei von lebenswichtiger Bedeutung für Deutschland, das die Reparationen in ihrer jetzigen Höhe unmöglich weiterzahlen könne. Ohne ein Moratorium bestünde die dringende Gefahr, daß Deutschland angeht seiner drei Millionen Arbeitslosen in eine Revolution hineintreibe.

Die „World“ behandelt in einem sehr verständnisvollen Leitartikel eingehend die Moratoriumsfrage und kommt dabei zu dem Schluß, daß, wenn die Voraussetzungen die Grundlagen der deutschen Wirtschaft behoben, ein Moratorium den deutschen Kredit nur fördern könne.

Sieger und Besiegte.

Die Mächte können aufräumen. — Deutschland bleibt ausgeschlossen.

Genf, 23. November.

Der Abrüstungsausschuss hat bei dem Kapitel Heeresausgaben einen französischen Antrag angenommen, nach dem die vertraglich bindenden Mächte übereinkommen, ihre Ausgaben für Land-, See- und Luftstreitkräfte zu begrenzen und, „falls möglich“ herabzusetzen. Damit ist die französische Forderung der Herabsetzung der Rüstungen „falls möglich“ von neuem als grundlegende Bestimmung in das Abrüstungsabkommen aufgenommen worden.

Graf Bernstorff erklärte, eine Beschränkung der Heeresausgaben könne lediglich eine ergänzende Maßnahme neben der direkten Erfassung der Rüstungen sein, die ja für die Landrüstungen vom Ausschuss bereits abgelehnt worden sei. Die Anwendung verschiedener Methoden für die Land- und Seerüstungen sei eine offensichtlich Ungerechtfertigt. Die deutsche Abordnung enthielt sich bei der Abstimmung über den französischen Antrag der Stimme. Der Ausschuss trat sodann in die Behandlung des entscheidenden Kapitels „Organisation“ ein.

Der vorliegende Abkommensentwurf enthält die Bestimmung, daß die vertraglich bindenden Staaten eine neue Aufzählung über die Grenzen des Abkommens hinaus vornehmen dürfen, wenn ein Krieg ausbricht, an dem sie beteiligt sind, oder die Gefahr eines Zustandes droht, oder der Völkerverbund die Aufzählung einstimmig genehmigt. Die damit für Deutschland im Falle einer Unterzeichnung des Abkommens gegebene Möglichkeit der Aufzählung im Kriegsfall ist jedoch ausdrücklich durch eine Bestimmung ausgeschlossen worden, nach der das Abrüstungsabkommen vorhergehende vertragliche Bindungen nicht berührt, in denen einzelne Mächte eine Begrenzung ihrer See-, Land- und Luftrüstungen angenommen haben.

Zur Verhandlung gelangte zunächst die Frage der Schaffung eines Kontrollauschusses. Es wurde ein Unter-ausschuss eingeleitet, der einen zusammenfassenden Bericht über diese bedeutungsvolle Frage vorlegen soll. Die deutsche Abordnung lehnte die Beteiligung an diesem Unter-ausschuss mit dem Hinweis auf ihre grundsätzliche Haltung zu dem gesamten Abrüstungsabkommen ab. Simonow erklärte, unter den obwaltenden Bedingungen lege die russische Abordnung den Organisationsbestimmungen des Abkommens keinerlei Bedeutung bei. Der russische Außenminister Lewi Rischd Bey lehnte gleichfalls den Vorschlag einer Kontrollkommission ausdrücklich ab, solange nicht sämtliche Mächte auf dem Fuße der Gleichberechtigung in dem Abkommen behandelt würden.

Weiterer Kohlenpreisabbau.

Ruhfeldtörfkohle wird um 1,50 Rm. billiger.

Essen, 23. November.

Das rheinisch-westfälische Kohlen Syndikat hat eine Preiserhöhung abgelehnt, in der auf bis zu 80 Pf. in Abhängigkeit der Kohlenpreise eingemittelt wurde. Nur in wenigen großen Sorten bestünde etwas größere Nachfrage, deren Befriedigung Schwierigkeiten mache, weil ihre Produktion mit der Einschränkung der nicht abgabefähigen Sorten sich zwangsläufig gleichfalls vermindere. Der Abgabemangel betreffe außer allen Kohlenarten auch den Koks und die